

## **Niederschrift**

### über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Datum: 16.10.2012

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:35 Uhr - 18:10 Uhr

Vorsitz: Herr Merkel Stadtmission Chemnitz e. V.  
stellv. Ausschussvorsitzender

### Beschlussfähigkeit

Soll: 15 stimmberechtigte Ausschussmitglieder/Oberbürgermeisterin

Ist: 13 stimmberechtigte Ausschussmitglieder

### Anwesenheit

#### **Entschuldigt**

Herr Johannes Kaufmann	Katholische Gemeinde	berufliche Verpflichtung
Frau Barbara Ludwig	Oberbürgermeisterin	
Herr Holger Pethke	Amt für Jugend und Familie	dienstlich
Herr Gordon Tillmann	Fraktion FDP	dienstlich

#### **stimmberechtigte Ausschussmitglieder**

Frau Grit Beyer	Arbeiterwohlfahrt Chemnitz u. Umgebung e. V.
Frau Cornelia Dietrich	Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V.
Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion
Herr Robert Görlach	Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V.
Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE
Herr Joachim Höfler	CDU-Ratsfraktion
Herr Ulrich Kahle	Ev. Jugend Sachsen
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion
Herr Thomas Lehmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Hans-Rudolf Merkel	Stadtmission Chemnitz e. V.
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion
Frau Sabine Pester	Fraktion DIE LINKE
Frau Silke Schönberner	Kinderland Sachsen e.V.

#### **beratende Ausschussmitglieder**

Frau Jutta Berger	Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende
Frau Bettina Bezold	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Lutz Bode	Amtsgericht Chemnitz
Frau Silke Brewig-Lange	Stadtelternrat Kindertageseinrichtungen
Frau Maria Droßel	Agentur für Arbeit
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte
Herr Joachim Poitschke	Regionalstelle Chemnitz, Sächsischen Bildungsagentur
Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Hartmut Schulz	Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge

**stellv. beratendes Ausschussmitglied**

Frau Marianne Tenhündfeld      Katholische Gemeinde

**Sachverständige**

Herr Gottschalk	Heilsarmee Korps Chemnitz	TOP 5
Frau Scheuerl	DELPHIN Sozialpädagogischer Betreuungsdienst	TOP 6
Frau Schöne	Kinder,- Jugend- und Familienhilfe e. V.	TOP 6
Herr de Vries	Agentur für Arbeit Chemnitz	TOP 4

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Marion Forberg	Abteilungsleiterin Abt. 51.2
Herr Thomas Haase	Sachbearbeiter Abt. 15.4
Frau Sylvia Lammich	Jugendhilfeplanerin Abt. 51.1
Frau Regina Quaas	Abteilungsleiterin Abt. 51.5
Herr Frank Schreyer	Sachbearbeiter Abteilung 51.1
Frau Kathrin Schäfer	Abteilungsleiterin Abt. 51.3
Herr Michael Seidel	Referent Dezernat 5
Herr Tobias Stopat	Abteilungsleiter Abt. 51.1

**Schriftführerin**

Frau Ingeburg Ludwig      Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1      Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2      Feststellung der Tagesordnung
- 

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3      Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich - vom 25.09.2012
- 

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als **genehmigt**.

- 4      Vorstellung des Arbeitsbündnisses Jugend und Beruf Stadt Chemnitz - Haus der Jugend  
Berichterstatter: Herr Günther de Vries, Bundesagentur für Arbeit
- 

**Herr de Vries (Agentur für Arbeit Chemnitz)** stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Arbeitsstand des Arbeitsbündnisses Jugend und Beruf Stadt Chemnitz – Haus der Jugend Chemnitz – für junge Erwachsene unter 25 vor und spricht zu folgenden Punkten:

- Aufbau des Hauses der Jugend Chemnitz  
Bündelung der differenzierten Hilfe- und Leistungsangebote der Leistungsträger  
Agentur für Arbeit, Jobcenter und Stadtverwaltung für Jugendliche in der Stadt Chemnitz
- Grundlage  
4 Handlungsfelder lokaler Kooperation (Transparenz, Informationsaustausch, harmonisierte Abläufe und Maßnahmen, One-stop-government) auf der Grundlage

- einer Kooperationsvereinbarung
- Ziele
  - Erleichterter Zugang in einem Haus für alle Chemnitzer Jugendlichen
  - Jugendgerechte Erbringung der Dienstleistungen
  - Vernetzte, am Jugendlichen orientierte Bildungs- /Berufswegplanung
  - Verbesserte Kommunikation zwischen den Akteuren
  - Möglichkeit der Übernahme von Hilfe- und Qualifizierungsplänen
  - Einsicht in Ergebnisse bereits durchgeführter Tests unter Beachtung des Datenschutzes
  - Jeder Jugendliche soll schneller ein passendes Angebot erhalten
  - Minimierung der Schnittstellen, Prozessoptimierung, Erhöhung der Effektivität

Abschließend teilt **Herr de Vries** mit, dass am 01.09.2013 das Haus der Jugend arbeitsfähig sein soll. Der Standort hierfür sei noch zu klären.

**Herr de Vries** bejaht die Nachfrage von **Herrn Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)**, ob die Angebote für die jungen Erwachsenen unter 25 Jahren ausschließlich an einem Ort angeboten werden.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** stellt die Frage zur Finanzierung des im Haus der Jugend tätig werdenden Personals und zu den Mietkosten. **Herr de Vries** erklärt, dass jeder der 3 Leistungsträger für die Finanzierung seines Personals zuständig sein werde. Die Höhe der Mietkosten basiere auf der Grundlage des Mietvertrages.

**Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.3)** beantwortet die Frage zur Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit von **Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)**. Demnach werden die in der Jugendberufshilfe und der Jugendsozialarbeit tätigen Träger gemeinsam an der Umsetzung des Arbeitsauftrages für das Haus der Jugend arbeiten.

*An die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wurde die Präsentation ausgereicht.*

- 5 Einblicke in die Arbeit der Facharbeitsgruppe Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen nach §11 SGB VIII  
Berichterstatter: Herr Gottschalk, Heilsarmee Korps Chemnitz
- 

**Herr Gottschalk (Heilsarmee Korps Chemnitz)** spricht zur Arbeit der Facharbeitsgruppe Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen nach § 11 SGB VIII. Im Bereich der offenen Jugendarbeit arbeiten derzeit 36 Fachkräfte, die im Jahr 2011 182.299 Jugendliche an 5.851 Öffnungstagen in 24 Einrichtungen in der Stadt Chemnitz erreicht haben. Somit arbeitet 1 Fachkraft durchschnittlich an einem Tag mit 21 Jugendlichen in den verschiedensten Angeboten. Er berichtet, dass zum Teil in den Projekten täglich mit sehr herausfordernden Kindern und Jugendlichen, die ein Recht auf Beachtung haben, gearbeitet wird. **Herr Gottschalk** verdeutlicht den Arbeitsauftrag nach § 11 SGB VIII. Darüber hinaus bestehe die Aufgabe, Benachteiligungen und Ausgrenzungen sowie Ausschließungsprozesse zu vermeiden oder abzubauen, positive Lebensbedingungen sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Die Verantwortung hierfür müsse gemeinsam getragen werden. Seine Ausführungen werden mit einem Film unterstützt, welcher durch großes Engagement von Jugendlichen in den Jugendfreizeiteinrichtungen entstanden ist.

- 6 Position der AG Hilfen nach SGB VIII der Stadt Chemnitz zu den Folgen der Konsolidierungsmaßnahmen für die Stadt Chemnitz  
Berichterstatte(r)innen: Frau Scheuerl, DELPHIN Sozialpädagogischer Betreuungsdienst  
Frau Emmrich, Freundeskreis "Indira Gandhi" e. V.
- 

**Frau Scheuerl (DELPHIN Sozialpädagogischer Betreuungsdienst) und Frau Schöne (Kinder,- Jugend- und Familienhilfe e. V.)** sprechen zu den Folgen der Konsolidierungsmaßnahmen für die Stadt Chemnitz aus der Sicht der AG Hilfen nach SGB VIII. Grundlage bildet der Teilfachplan, welcher durch den Stadtrat im Jahr 2008 beschlossen wurde. Anknüpfend an das Positionspapier der AG Hilfen im Jahr 2009 musste im Positionspapier 2011 bereits darauf hingewiesen werden, dass die gesetzlich verankerte Garantenstellung zur Sicherung des Kindeswohls nicht mehr in jedem Fall und ggf. auch nicht mehr in seiner Gesamtheit von der Stadt Chemnitz gewährleistet werden könne. Laut Statistik ist gegenüber dem Jahr 2006 bis 2011 ein Fallzuwachs von 232 Fällen, das einer Steigerung von 39% entspricht, zu verzeichnen. Die Vorausschau für das Jahr 2012 deutet auf eine Steigerung von 43% gegenüber dem Jahr 2006, obwohl eine Vielzahl an Maßnahmen in den vergangenen Jahren zur effektiveren Steuerung von Hilfebedarfen eingeführt und umgesetzt wurden, hin. An der Trägerbefragung im Jahr 2012 haben sich 59 % der Träger aktiv zum Thema „Erörterung der Trägerposition im dritten Jahr der pauschalen Kürzung als Maßnahme von EKKO 2015 in Chemnitz“ beteiligt. Im Folgenden wird eine „gesunde“ Jugendhilfelandchaft nach Schrappner, bei der eine breite Lebenswelt, Lebensbedingungen und Grundsicherung die Basis bilden, verdeutlicht. Im Gegensatz dazu wird bei einer prekären Jugendhilfelandchaft eine äußerst bedenklich schmelzende Basis und ein Anstieg der Fälle sichtbar.

In Auswertung der Trägerbefragung wurde Nachfolgendes festgestellt, die eine Aufgabenverschiebung der Hilfen zur Erziehung erkennen lässt:

- Grundbedürfnisse (permanente Existenzprobleme, Mangel an Grundversorgung, extreme Vermüllungen, Verwahrlosung, miserabler Zahnstatus, Zunahme der Obdachlosigkeit U 25, „Leben auf Treibe“ selbst mit Kleinkindern)
- Sicherheitsbedürfnisse (KLU+KdU regelmäßig gestrichen, Schulausschlüsse/ Schulverweigerung, fehlende Krankenversicherung, regelmäßig kein Strom, Essensgeldschulden, Zunahme der Inobhutnahme zur Grundsicherung von Kindern)
- Soziale Bedürfnisse (Mangel an Erziehungskompetenz, eingeschränkte Teilhabe an Schule/Arbeit/Freizeitangeboten, Zunahme an Patchworksystemen)
- ICH-Bedürfnisse (Extremer Crystalanstieg seit 2009 bei Jugendlichen und Eltern Selbstverwirklichung)

Somit liegt bereits jetzt der Hauptanteil der Tätigkeiten in der ökonomischen und materiellen Absicherung von Kindern und jungen Menschen. Diese Tendenz, mit allem verwaltungstechnischen und rechtlichen Aufwand, ist dramatisch steigend und entspricht immer mehr einem Ersatz für Grundsicherungsaufgaben. Die Auswirkungen für die Hilfe leistenden Stellen, bedingt durch die beschlossenen EKKO-Maßnahmen, werden in der hohen Arbeitsbelastung, unbezahlten Mehrarbeit, im hohen Krankenstand, Personalfuktuation, keine Lohnsteigerung, Einsparung bei Weiterbildung und Supervision, in der fehlenden Sicherheit in Hilfeprozessen durch z.B. fehlende und wechselnde ASD Mitarbeiter, sichtbar. Aus den Sparmaßnahmen resultieren Folgen für die Stadt Chemnitz, wie die Gefährdung der Grundversorgung in einer wachsenden Zahl von Familien. Das Jugendamt springt als Grundsicherungsbehörde für immer mehr Kinder als Ausfallbürge ein. Schule und Ausbildung rücken in den hinteren Bereich. Die Glaubwürdigkeit und Kompetenz der Stadtverwaltung gehen möglicherweise verloren und eine Ausweitung der Spaltung

der Gesellschaft nehme zu. Die Kosten sind z. B. im Bereich der stationären Hilfen gestiegen.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass eine Rückkehr zu den zentralen Aufgaben von Hilfen zur Erziehung, d. h. vor allem die notwendige Zeit für die Entwicklung und die Beteiligung von Kindern und Eltern sowie für die Fachlichkeit der Biographiearbeit und Anpassungsprozesse zu haben. Im Bereich des ASD kann nach Schrappner eine wirksame Fallsteuerung nur von qualifizierten und nicht grundsätzlich überlasteten Fachkräften durchgeführt werden. Zudem sind überlastete Mitarbeiter und Leitungskräfte teuer. Der prekären Situationen in der Kinder- und Jugendhilfe in der Stadt Chemnitz mit steigender Gefahr für das Kindeswohl müsse entgegengewirkt werden. Daraus schlussfolgernd spricht die AG Hilfen nach SGB VIII nochmals alle politischen Entscheidungsträger direkt auf ihre persönliche Verantwortung an und fordert dazu auf, bei den anstehenden Problemen nicht wegzuschauen. Die AG schlägt die Gründung eines Runden Tisches unter Leitung des Bürgermeisters des Dezernates 5 vor, mit dem Ziel, den rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schutz von Familien in der Stadt Chemnitz zu gewährleisten. Dem Runden Tisch sollten mehrere verantwortliche Behörden, engagierte Persönlichkeiten der Stadt Chemnitz, der Träger der Stadt Chemnitz und Hilfeempfänger angehören. Im II. Quartal 2013 sollte in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Sachstand eingeschätzt werden.

**Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** nimmt auf die Ausführungen Bezug und ist der Meinung, dass die Jugendhilfe zunehmend mehr eine „Feuerwehraktion“ wahrnehme, wenn sich die prekäre Jugendhilfelandchaft in der Stadt Chemnitz so weiter in diese Richtung entwickle. Für die betroffenen Kinder und Jugendlichen ist diese Entwicklung sehr bedenklich. **Herr Hopperdietzel** regt an, dass die Oberbürgermeisterin die Schirmherrschaft über den Runden Tisch übernehmen sollte. Da er einen großen Handlungsbedarf sehe, regt er ferner an, dass unabhängig der rechtlichen Definition vom Amt 51 aufgearbeitet werden sollte, was eine Kindeswohlgefährdung beinhaltet und an welcher Stelle eingegriffen werden müsse.

**Frau Scheuerl** unterstreicht, dass die Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung steigen. Das Problem liege in der nicht mehr möglichen Absicherung der Lebenswelt für einen Teil der Familien.

**Frau Quaas (Abteilungsleiterin Abt. 51.5)** informiert, dass sie mit dem Träger DELPHIN Sozialpädagogischer Betreuungsdienst das Gespräch im Jobcenter gesucht habe und dabei erkennen mussten, dass auf der Grundlage der bestehenden Gesetzgebung kein Ermessensspielraum für eine andere Verfahrensweise möglich ist. Dazu sei eine Gesetzesinitiative erforderlich, weil die wesentliche Basis für eine Grundsicherung der Kinder in der Beschäftigungsförderung der Eltern liege.

*Das Positionspapier der AG Hilfen nach SGB VIII wurde an die Ausschussmitglieder ausgereicht.*

---

7 Informationsvorlage an den Jugendhilfeausschuss

- 7.1 Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Ganztagesbetreuung der Förderschulen 2011  
Vorlage: I-063/2012 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

**Herr Stopat (Abteilungsleiter Abt. 51.1)** spricht zur Informationsvorlage. Er informiert, dass auf der Basis der Erreichten Ergebnisse entsprechend der Informati-

onsvorlage die Elternbeiträge neu berechnet und daraus resultierend im I. Quartal 2013 eine Beschlussvorlage vorgelegt werden soll. Dabei können die bisherigen Beiträge zu den verschiedenen Platzarten abweichen.

Die Informationsvorlage wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

---

## 8 Beschlussantrag an den Jugendhilfeausschuss

---

- 8.1 Verwendung von Restmitteln und nicht abgeforderten Mitteln im Soziokulturellen Jugendfonds  
Vorlage: BA-020/2012 Einreicher: Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
- 

**Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.3)** nimmt Stellung zum Beschlussantrag aus der Sicht der Verwaltung.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beschluss BA-020/2012**

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Arbeitskreis des Soziokulturellen Jugendfonds, noch im Jahr 2012 die neue Förderrichtlinie und die Fördermodalitäten des Soziokulturellen Jugendfonds jugendgemäß zu veröffentlichen. Dafür werden aus den nicht abgeforderten Mitteln und Restmitteln des Fonds 500 € bereitgestellt.

Die weiteren nicht abgeforderten Mittel aus dem Soziokulturellen Jugendfonds werden an Träger ausgereicht, deren Antrag für 2012 nicht bzw. nur reduziert berücksichtigt werden konnte.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**

---

## 9 Verschiedenes

---

### 9.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

---

**Herr Stopat (Abteilungsleiter Abt. 51.1)** nimmt auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses B-226/2012 vom 04.09.2012, die Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V. für den Einbau eines Fettabscheiders in der Kindertagesstätte Herweghstraße 7 Bezug. Er informiert, dass im Ergebnis der Ausschreibung eine Mehraufwendung von ca. 8.000 € eingetreten ist und nennt die Gründe dafür. Er teilt mit, dass nunmehr eine Gesamtzuwendung von 30.600 € zur Umsetzung der Maßnahme erforderlich ist und der Mehrbedarf gedeckt werden kann. Er bittet die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses um Zustimmung, diese weitere Zuwendung an den Verein zu gewähren.

Der **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt fest, dass sich kein Widerspruch seitens der stimmberechtigten Ausschussmitglieder gegen die Verfahrensweise der Verwaltung erhebt. Aufgrund der geäußerten Bedenken seitens der stimmberechtigten Ausschussmitglieder zur bestehenden Beschlusslage soll auf Vorschlag der Schriftführerin eine Änderung des Beschlusses im Wege der Offenlegung außerhalb einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses herbeigeführt werden.

---

### 9.2 Fragen der Ausschussmitglieder

---

**Frau Brewig-Lange (Stadtelternrat Kindertageseinrichtungen)** stellt Fragen zur bestehenden Verwaltungsvorschrift für die Reinigungs- und Desinfektionsmaßnah-

men in Kindertageseinrichtungen und deren Einsichtnahme bzw. Übergabe der Vorschrift an die Elternräte sowie zur Erneuerung von 6 Türklinken in einer Kindertageseinrichtung und der Möglichkeit der Abrechnung von privat gekauften Türklinken.

Die Frage des **stellv. Ausschussvorsitzenden**, ob diese 3 Sachverhalte an die Verwaltung im geordneten Geschäftsgang herangetragen wurden, verneint **Frau Forberg (Abteilungsleiterin Abt. 51.2)**.

**Herr Stopat (Abteilungsleiter Abt. 51.1)** erklärt, dass die Reinigungs- und Desinfektionsleistungen auf der Grundlage von Qualitätsstandards erfolgen. Er vermutet, dass sich hinter der Frage eine Minderleistung einer Reinigungsfirma verbürge und sollte deshalb mit Namen genannt werden sollte. Bei kommunalen Einrichtungen erfolge die Beschaffung von Materialien und Gegenständen auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung und diese stelle eine interne Verwaltungsangelegenheit dar. Sofern in einer Einrichtung für Kinder Gefahr in Verzug eintreten könnte, werde schnell Abhilfe geschaffen. Die Möglichkeit der Begleichung von privaten Rechnungen ist sehr problematisch.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** hat durch die heutige Zusammenkunft mit Caterern Kenntnis erhalten, dass Kinder hungrig vor der Essenausgabe stehen und über keine Essenmarke verfügen. Er möchte wissen, ob dies in der Verwaltung bekannt sei. **Frau Quaas (Abteilungsleiterin Abt. 51.5)** teilt mit, dass ihr keine konkreten Fälle von Kindern bekannt seien. Dieser Sachverhalt findet sehr wohl im Rahmen der Einzelfallbearbeitung Berücksichtigung.

**Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** unterstreicht, dass diesem Sachverhalt seitens der Regionalstelle der Sächsischen Bildungsagentur gemeldet werden müsste.

**Herr Lehmann** bittet darum, dass diesem Sachverhalt nachgegangen werde.

Der **stellv. Ausschussvorsitzende** schlägt vor, dass zu diesem Sachverhalt eine Verständigung zwischen dem Amt 51 und der Regionalstelle Chemnitz der Sächsischen Bildungsagentur erfolgen sollte. Von den freien Trägern werde bereits über einen längeren Zeitraum festgestellt, dass dieses Problem in der der Stadt Chemnitz latent vorhanden ist.

**Frau Quaas** teilt mit, dass dieser Sachverhalt im Rahmen des Gespräches mit der Regionalstelle Chemnitz der Sächsischen Bildungsagentur zur bestehenden Vereinbarung thematisiert werde.

10 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden die Stadtratsmitglieder **Frau Drechsler (SPD-Fraktion)** und **Herr Höfler (CDU-Ratsfraktion)** bestimmt.

\*

\*

\*

**Herr Merkel** schließt die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und teilt mit, dass die nichtöffentliche Sitzung nicht erforderlich ist.

22.10.12  
Datum  
*gez. H.-R. Merkel*  
Merkel  
stellv. Vorsitzender  
des Ausschusses

29.10.2012  
Datum  
*gez. J. Drechsler*  
Drechsler  
Mitglied  
des Ausschusses

24.10.12  
Datum  
*gez. J. Höfler*  
Höfler  
Mitglied  
des Ausschusses

18.10.12  
Datum  
*gez. Ludwig*  
Ludwig  
Schriftführerin